



Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Ausgabe: [MBI. NRW. 2001 Nr. 47](#)
Veröffentlichungsdatum: 27.06.2001
Seite: 996

I.

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Aufstellung von Lärminderungsplänen gemäß § 47 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

I.

7129

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Aufstellung von Lärminderungsplänen gemäß § 47 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt
und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
v. 27.06.2001 - V - 5 - 8820.1 - (V Nr. 2/01)

1

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land Nordrhein-Westfalen gewährt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO für Zuwendungen an Gemeinden (GV) - VVG - Zuwendungen für die Lärminderungsplanung gemäß § 47 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Ein Anspruch des Antragsstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2

Gegenstand der Förderung

Erfassung der Belastung durch die einwirkenden Geräuschquellen und Feststellung ihrer Auswirkungen auf die Umwelt gemäß § 47 a BImSchG Abs. 1 sowie die Aufstellung von Lärmminde-
rungsplänen gemäß § 47 a BImSchG Abs. 2 nach der Vorgehensweise, wie sie in den Verwal-
tungsvorschriften zum Bundes-Immissionsschutzgesetz - Nr. 22 des Gem. RdErl. d. Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz u.a. vom 01.09.2000, SMBl.
NRW. 7129 - beschrieben ist.

2.1

Erstellung von Schallimmissions-, Immissionsempfindlichkeits- und Konfliktkatastern für die ver-
schiedenen einwirkenden Quellenarten.

2.2

Planung von technischen, baulichen, gestalterischen, verkehrlichen, planerischen und organisa-
torischen Maßnahmen zur Lärminderung und zur Verhinderung des weiteren Anstiegs oder zur
Vermeidung weiterer Lärmbelastungen.

2.3

Emissionsanalysen für die Konfliktgebiete und Schallimmissionsprognosen im Rahmen der Maß-
nahmenplanung und Alternativenprüfung.

2.4

Untersuchungen zur Prioritätenfestlegung der Lärmsanierung.

2.5

Untersuchungen zur Betroffenheit der Einwohner in den Wohnbereichen.

2.6

Bürgerinformation und Beteiligungsverfahren im Rahmen der Aufstellung des Lärmminde-
rungsplanes.

3

Zuwendungsempfänger

Gemeinden Nordrhein-Westfalens.

4

Zuwendungsvoraussetzungen

Der Durchführungszeitraum für das Vorhaben muss auf zwei Jahre begrenzt sein.

5

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1

Zuwendungsart

Projektförderung

5.2

Finanzierungsart

5.2.1

Anteilfinanzierung

Förderungsrahmen: 50 v.H. bis 80 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben.

5.2.2

Bagatellgrenze: 25.000,- DM (ab 01.01.2002: 12.500 €)

5.3

Form der Zuwendung

Zuweisung

5.4

Bemessungsgrundlage

5.4.1

voraussichtliche Ist-Ausgaben bei Sachleistungen des Antragstellers.

5.4.2

Ausgaben, die durch die Beauftragung Dritter mit Planungen und Gutachten entstehen.

5.4.3

Unbare Eigenleistungen (z.B. durch Einsatz des eigenen Personals) können bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht berücksichtigt werden. Wird für die Aufstellung von Lärmminierungsplänen zusätzliches Personal eingestellt, so können die dafür voraussichtlich entstehenden Personalausgaben im Durchführungszeitraum berücksichtigt werden.

Bei Gemeinden, die gem. § 75 der Gemeindeordnung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, muss die Einstellung von Personal für die Aufstellung von Lärmminierungsplänen im Einklang mit dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept stehen. Die Gemeinde hat ihrem Antrag eine entsprechende Bestätigung der Aufsichtsbehörde beizufügen.

6

Verfahren

6.1

Antragsverfahren

Der Antrag auf Bewilligung der Zuwendung ist nach dem Muster der **Anlage 1** zu stellen.

6.2

Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörden sind die Bezirksregierungen.

Der Bewilligung ist das Muster der **Anlage 2** zu Grunde zu legen.

6.3

Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Der Antrag auf Auszahlung der Zuwendung ist gemäß dem Muster der **Anlage 3** bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

6.4

Verwendungsnachweisverfahren

Der Verwendungsnachweis ist nach dem Muster der **Anlage 4** zu führen und bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

6.5

Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VVG zu § 44 LHO.

7

Inkrafttreten

Dieser RdErl. tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft und gilt längstens bis 31. Dezember 2005.

[Anlage 1, pdf.file](#)

[Anlage 2, pdf.file](#)

[Anlage 3, pdf.file](#)

[Anlage 4, pdf.file](#)

MBI. NRW. 2001 S. 996

Anlagen

Anlage 1 (Anlage1)

[URL zur Anlage \[Anlage1\]](#)

Anlage 2 (Anlage2)

[URL zur Anlage \[Anlage2\]](#)

Anlage 3 (Anlage3)

[URL zur Anlage \[Anlage3\]](#)

Anlage 4 (Anlage4)

[URL zur Anlage \[Anlage4\]](#)